

Motor der Rekommunalisierung

Berliner Initiative lud zur Gründungsversammlung des Wasserrates

Benedict Ugarte Chacón

Bereits im September hatte der Wassertisch (berliner-wassertisch.net) angekündigt, ein zivilgesellschaftliches Bündnis ins Leben rufen zu wollen, das sich mit der künftigen Gestaltung der Berliner Wasserbetriebe auseinandersetzt. 40 Teilnehmer kamen nun am Donnerstag abend zur Gründung des Wasserrates. Mit dabei waren unter anderem Vertreter von Organisationen wie dem Berliner Mieterverein, Attac, BUND, dem Verband deutscher Grundstücksnutzer und dem Berliner Energietisch.

Die Berliner Wasserbetriebe waren 1999 zu 49,9 Prozent an die Konzerne RWE und Vivendi (heute Veolia) veräußert worden. Im Herbst 2012 kaufte das Land Berlin den RWE-Anteil zurück, der Veolia-Anteil folgte vor wenigen Wochen. Der Wassertisch, der 2011 den erfolgreichen Volksentscheid zur Offenlegung der bis dahin geheimen Privatisierungsverträge initiiert hatte, kritisiert nicht nur die Höhe des Rückkaufpreises – zusammen rund 1,2 Milliarden Euro – sondern fordert zudem eine Umstrukturierung der nach wie vor als komplexe Holding organisierten Betriebe. Da diese nun vollständig in öffentlicher Hand lägen, müßten auch Bürgerbeteiligung und basisdemokratische Elemente installiert werden.

»Die Bürger sollen mitentscheiden«, sagte Gerlinde Schermer, eine der Gründerinnen der Initiative in ihrem Eingangsvortrag. Auf die internationale Bedeutung des Themas verwies Dorothea Härlin, ebenfalls eine Wassertisch-Gründerin. Der Erfolg der Berliner bei der Offenlegung der Privatisierungsverträge sei bei vielen Aktivisten der Rekommunalisierung weltweit anerkannt. Dennoch sei man zum Beispiel in manchen lateinamerikanischen Ländern in Sachen Bürgerbeteiligung schon um einiges weiter. Motor einer neuen Entwicklung in Berlin soll der Wasserrat sein. »In den 14 Jahren nach dem Privatisierungsbeschluß von 1999 war die Tätigkeit der Berliner Wasserbetriebe der Gewinnerzielung untergeordnet. Obwohl das Land Mehrheitseigner der Wasserbetriebe blieb, war die technische und kaufmännische Leitung voll in privater Hand. Die Wasserpreise stiegen um über 35 Prozent«, heißt es im Aufruf zur Gründungsversammlung. Da in der Zeit der Teilprivatisierung viele umweltpolitische und soziale Aufgaben nicht umgesetzt worden seien, sehen die Aktivisten es als geboten an, daß die Berliner an der Leitung der künftigen Wasserbetriebe beteiligt sein müssen.

Die Grundsätze hierzu sind in der vom Wassertisch erarbeiteten »Wassercharta« festgehalten. Prinzipiell soll eine erneute Privatisierung oder Teilprivatisierung ausgeschlossen werden. Einen weiteren Grundsatz bildet die demokratische Beteiligung und Aufsicht der Betriebe durch die Berliner Bürger. Eine alleinige Kontrolle durch das Parlament reiche nicht aus.

So sollen künftig nicht nur alle relevanten Unterlagen für die Bevölkerung zugänglich sein, sie soll auch in die unternehmerischen Entscheidungen eingebunden werden. Eine Möglichkeit, an der sich orientiert werden kann, stellt für den Wassertisch das Modell der Pariser Wasserbetriebe dar, bei denen nach der Rekommunalisierung teilhabende Kontrollgremien geschaffen wurden, an denen zum Beispiel Umwelt- und Mieterverbände

beteiligt sind. In den nächsten Monaten sollen themenspezifische Sitzungen stattfinden, bei denen es unter anderem um die künftige Rechtsform der Wasserbetriebe, die Einbindung der Beschäftigten bei demokratisierten Strukturen sowie Sozial- und Umweltaspekte gehen soll. Daß der Kampf um die Berliner Wasserbetriebe auch nach dem Rückkauf weiter geführt werden muß, verdeutlicht der Umstand, daß der noch von Veolia eingesetzte Vorstandsvorsitzende Jörg Simon vor einigen Tagen zwar eine Senkung der Wasserpreise angekündigt hat. Diese soll jedoch durch den Abbau von 300 bis 400 Stellen ermöglicht werden.